
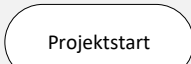
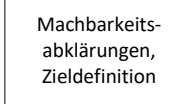
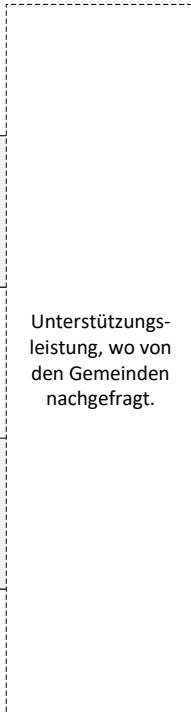
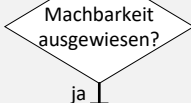
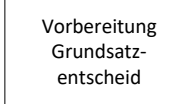
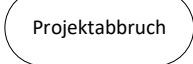
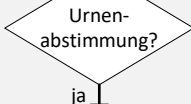
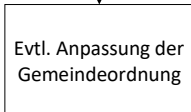


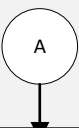
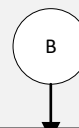
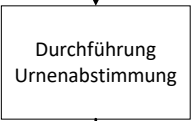
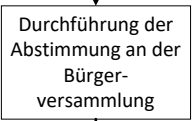
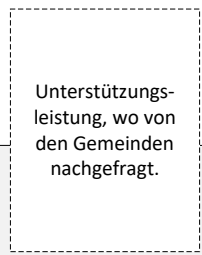
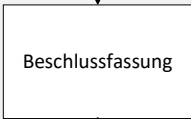
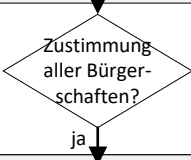
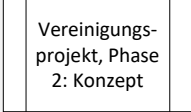



Prozessdokumentation Gemeindevereinigungsgesetz	Amt für Gemeinden und Bürgerrecht 
Prozessname: Vereinigungsprojekt Phase 1: Initialisierung Datum: 01.01.2022	Prozess-ID: VP1

	Bürgerschaft	Räte beteiligter Gemeinden		Amt für Gemeinden und Bürgerrecht	Hilfsmittel	Bemerkungen	
1						Der Start für die Aufnahme eines Verfahrens zur Vereinigung von Gemeinden erfolgt aufgrund zweier verschiedener Auslöser: 1. Übereinkunft der Räte, dass eine Vereinigung sinnvoll sein könnte und die Abklärung der Machbarkeit zweckmässig ist und sich lohnt. 2. Auf Initiative aus der Bürgerschaft nach einer erfolgreichen Abstimmung	
2					Art. 17 GvG	In der Machbarkeitsabklärung wird geprüft, ob die Vereinigung, wie von den Räten vorgeschlagen oder wie durch die Bürgerinitiative vorgesehen realisierbar und sinnvoll ist. Dabei werden die Ziele nach Art. 17 GvG definiert und deren Erreichung überprüft.	
3							Ist die Machbarkeit einer Vereinigung oder die zweckmässige Zielerreichung nicht ausgewiesen, so kann das Projekt zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Empfehlung aus der Machbarkeitsüberprüfung abgebrochen werden. Dies gilt nicht, wenn das Projekt aufgrund einer Initiative aus der Bürgerschaft gestartet wurde (-> Grundsatzabstimmung).
4					Unterstützungsleistung, wo von den Gemeinden nachgefragt.	Art. 2 GvG	Die Grundsatzabstimmung wird durchgeführt: a) auf übereinstimmenden Beschluss der Räte der beteiligten Gemeinden. b) nach Zustandekommen von gleichlautenden Initiativen in den beteiligten Gemeinden.
5							Es ist von den Räten zu klären, ob die Grundsatzabstimmung an der Bürgerversammlung durchgeführt wird oder ob sie an die Urne verwiesen wird. Soll eine Urnenabstimmung durchgeführt werden, kommen zwei Möglichkeiten in Frage: 1. Anpassung der Gemeindeordnung (bspw. „Grundsatz- und Sachabstimmungen im Sinne des Gemeindevereinigungsgesetzes“) mit anschliessender Vorlage an die Bürgerschaft. Vorteil dieser Variante: Auch alle kommenden Abstimmungen zu Themen des GvG können direkt an der Urne durchgeführt werden. 2. Abstimmung der Bürgerschaft über das Überweisen des Geschäfts an die Urne, idealerweise anlässlich der ordentlichen Bürgerversammlung im Frühjahr. Nachteil: Der Beschluss gilt nur für die Durchführung der gerade bevorstehenden Grundsatzabstimmung.
6						Art. 22 Abs. 3 Bst. a GG Jeweilige Gemeindeordnung der beteiligten Gemeinden	
7							

Prozessdokumentation Gemeindevereinigungsgesetz	Amt für Gemeinden und Bürgerrecht 
Prozessname: Vereinigungsprojekt Phase 1: Initialisierung Datum: 01.01.2022	Prozess-ID: VP1

	Bürgerschaft	Räte beteiligter Gemeinden	Amt für Gemeinden und Bürgerrecht	Hilfsmittel	Bemerkungen	
8						
9					Art. 20 GG Art. 2 GvG	Die Abstimmung über den Grundsatz zur Vereinigung der Gemeinden hat in allen beteiligten Gemeinden zu erfolgen. Wird die Abstimmung nicht an die Urne verwiesen, so kann sowohl an einer ordentlichen als auch an einer ausserordentlichen Bürgerversammlung darüber abgestimmt werden. Wichtig ist die Einhaltung der Termine für Gutachten und Antrag.
10					Damit das Projekt im vorgesehenen Umfang weitergeführt werden kann, ist die Zustimmung aller beteiligten Bürgerschaften zum Grundsatz notwendig. Andernfalls wären bestimmte Einschränkungen (bspw. Weiterführung des Projekts bei Zustimmung von zwei von drei Gemeinden) bei der Abstimmung bekannt zu geben.	
11					Art. 25 GG	Die Zustimmung der Bürgerschaften gilt für die Räte als verbindlicher Auftrag zur Erarbeitung und Vorlage des Vereinigungsbeschlusses. Die Bürgerschaft ist nicht an diesen Beschluss gebunden. Das heisst, dass sie anlässlich der Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss diesen noch immer ablehnen kann.
12					Art. 3 GvG Prozess „Vereinigungsprojekt; Phase 2: Konzept“	